Universität Leipzig
Fakultät für Mathematik und Informatik

Promotionsordnung der Fakultät für Mathematik und Informatik der Universität Leipzig

Vom 10. Juni 2025

Aufgrund von § 41 in Verbindung mit § 93 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschulen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Hochschulgesetz - SächsHSG) vom 31. Mai 2023 (SächsGVBl. S. 329), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 31. Januar 2024 (SächsGVBl. S. 83), hat der Rat der Fakultät für Mathematik und Informatik der Universität Leipzig am 9. April 2025 nachfolgende Promotionsordnung beschlossen.

Inhaltsverzeichnis:

- § 1 Promotionsrecht
- § 2 Promotionsgremien
- § 3 Grundlagen der Promotion
- § 4 Doktorandenliste, Annahme als Doktorandin oder Doktorand, Betreuung
- § 5 Zulassungsvoraussetzungen für ein Promotionsverfahren
- § 6 Eignungsfeststellungsverfahren
- § 7 Antrag auf Durchführung eines Promotionsverfahrens
- § 8 Dissertation
- § 9 Eröffnung des Verfahrens
- § 10 Gutachterinnen und Gutachter
- § 11 Gutachten
- § 12 Annahme der Dissertation
- § 13 Annahme im binationalen Verfahren
- § 14 Verteidigung
- § 15 Bewertung

- § 16 Pflichtexemplare
- § 17 Nachteilsausgleich
- § 18 Schutzfristen
- § 19 Verleihung
- § 20 Nichtvollzug der Promotion, Entzug des Doktorgrades
- § 21 Promotionsakte
- § 22 Ehrenpromotion
- § 23 Doktorjubiläum
- § 24 Inkrafttreten, Außerkrafttreten und Übergangsregelungen

Anlagen

- Anlage 1: Titelseite für die einzureichende Arbeit
- Anlage 2: Selbständigkeitserklärung
- Anlage 3: Titelseite für die einzureichenden Pflichtexemplare
- Anlage 4: Muster der Promotionsurkunde
- Anlage 5: Muster der Promotionsurkunde im binationalen Verfahren
- Anlage 6: Muster der Promotionsurkunde (englisch)
- Anlage 7: Muster der Promotionsurkunde im binationalen Verfahren (englisch)

§ 1

Promotionsrecht

- (1) Die Fakultät für Mathematik und Informatik der Universität Leipzig verleiht auf der Grundlage eines ordnungsgemäßen Promotionsverfahrens namens der Universität Leipzig auf den Fachgebieten Mathematik, Didaktik der Mathematik und Didaktik der Informatik den Doktorgrad Doctor rerum naturalium (Dr. rer. nat.) sowie auf den Fachgebieten Informatik und Digital Humanities mit Schwerpunkt Informatik je nach inhaltlicher Schwerpunktsetzung der eingereichten Dissertation den Doktorgrad Doctor rerum naturalium (Dr. rer. nat.) oder Doktor-Ingenieurin (Dr.-Ing.) bzw. Doktor-Ingenieur (Dr.-Ing.).
- (2) In Ausnahmefällen kann bei entsprechender inhaltlicher Schwerpunktsetzung der eingereichten Dissertation der akademische Grad Doctor philosophiae (Dr. phil.) vergeben werden.

- (3) Die Fakultät kann gemeinsam mit einer Fakultät einer ausländischen Universität aufgrund einer gemeinsamen Betreuung einen binationalen Doktorgrad verleihen. In diesem Falle setzt die Promotion in gemeinsamer Betreuung voraus, dass die Fakultät mit der wissenschaftlichen Partnerinstitution eine Rahmenvereinbarung geschlossen hat, die die Grundlagen der Verleihung des binationalen Doktorgrades regelt. Die Rahmenvereinbarung ist von der promovierenden Person und den betreuenden Personen vorzubereiten und soll insbesondere Regelungen enthalten über die Durchführung der Betreuung, die Promotionsprüfung einschließlich der Notengebung, den Vollzug der Promotion sowie die dabei entstehenden Kosten. Für binationale Promotionsverfahren gelten, soweit in der Rahmenvereinbarung nichts Abweichendes vereinbart wurde, die Regelungen dieser Ordnung.
- (4) Die Fakultät verleiht die Ehrendoktorwürde (Doctor honoris causa) gemäß § 22. Zur fachgebundenen Bezeichnung des Doktorgrades tritt der Zusatz "h. c."
- (5) Der mehrfache Erwerb eines Doktorgrades gleicher Bezeichnung und auf demselben Fachgebiet ist nicht möglich.

§ 2

Promotionsgremien

- (1) Das für Promotionen zuständige Gremium ist der Fakultätsrat. Für die Entscheidung über die Zulassung zur Promotion, die Annahme als Doktorandin oder Doktorand und die Durchführung von Promotionsverfahren beruft der Fakultätsrat auf Vorschlag des Dekanats einen Promotionsausschuss Mathematik für die Fachgebiete Mathematik und Didaktik der Mathematik sowie einen Promotionsausschuss Informatik für die Fachgebiete Informatik, Didaktik der Informatik und Digital Humanities mit Schwerpunkt Informatik und erteilt jeweils einem Ausschussmitglied den Ausschussvorsitz.
- (2) Die Promotionsausschüsse bestehen aus jeweils fünf Mitgliedern. Ausschussmitglieder müssen Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer der Fakultät für Mathematik und Informatik sein. Die Promotionsausschüsse

bestimmen jeweils eine Stellvertretung für den Vorsitz. Mitglieder wirken bei Promotionen, die sie betreuen oder befürworten, im Promotionsausschuss nicht mit.

- (3) Das Dekanat bestimmt für die beiden Promotionsausschüsse der Fakultät jeweils eine an der Fakultät beschäftigte Person zur ständigen Assistenz für die Gewährleistung des organisatorischen Ablaufs der Verfahren.
- (4) Entscheidungen in Promotionsverfahren sind Kollegialentscheidungen. Sie bedürfen der Zustimmung der Mehrheit der beschlussfähig zusammengetretenen Gremien. Der Promotionsausschuss ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind. Der Promotionsausschuss beschließt mit der Mehrheit der Stimmen der Anwesenden.
- (5) Die Beratungen der Gremien zu Promotionsfragen sind nicht öffentlich. Die Mitglieder der Gremien sind zur Verschwiegenheit verpflichtet. Mitglieder der Promotionsgremien, die nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind durch den Vorsitz aktenkundig zur Verschwiegenheit zu verpflichten.
- (6) Die abschließende Entscheidung in strittigen Promotionsangelegenheiten obliegt dem Fakultätsrat.
- (7) Die nach § 92 Abs. 3 SächsHSG kooptierten Professorinnen und Professoren nehmen mit den Professorinnen und Professoren an Universitäten gleichberechtigt am Promotionsverfahren teil.

§ 3

Grundlagen der Promotion

- (1) Der Doktorgrad wird auf der Grundlage einer selbständig erstellten schriftlichen wissenschaftlichen Arbeit, die das Wissenschaftsgebiet weiterentwickelt (Dissertation), und einer öffentlichen Verteidigung verliehen.
- (2) Bei der Erstellung der wissenschaftlichen Arbeit und der Erbringung aller weiteren geforderten Leistungen sind die Regeln gemäß der Satzung der

Universität Leipzig zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis in der jeweils gültigen Fassung einzuhalten.

- (3) Die Dissertation ist in der Regel eine Einzelleistung.
- (4) Beim Erwerb eines weiteren Doktorgrades werden Leistungen aus vorherigen Verfahren nicht angerechnet.
- (5) Die für das Promotionsverfahren geforderten Leistungen können in deutscher oder englischer Sprache erbracht werden. Andere Sprachen können auf Antrag vom Fakultätsrat zugelassen werden. In binationalen Verfahren sollen die Leistungen in englischer Sprache erbracht werden; zusätzlich ist eine Zusammenfassung der Dissertation in deutscher Sprache und in der Landessprache der ausländischen Hochschule erforderlich.

§ 4

Doktorandenliste, Annahme als Doktorandin oder Doktorand, Betreuung

- (1) Die Fakultät führt eine gemeinsame Doktorandenliste und überprüft deren Aktualität regelmäßig.
- (2) Die Eintragung in die Doktorandenliste erfolgt mit der Annahme als Doktorandin oder Doktorand. Die Annahme als Doktorandin oder Doktorand kann vor oder spätestens mit Aufnahme des Promotionsvorhabens beantragen, wer die Zulassungsvoraussetzungen gemäß § 5 erfüllt und die Anfertigung einer Dissertation beabsichtigt. Mit dem schriftlichen Antrag sind im Original und in elektronischer Form einzureichen:
  1. das in Aussicht genommene Thema der Dissertation, die Angabe des Fachgebietes und der angestrebte Doktorgrad,
  2. amtlich beglaubigte Kopien der urkundlichen Nachweise über die Erfüllung der Voraussetzungen gemäß § 5 zur Zulassung zu einem Promotionsverfahren,
  3. die Betreuungsvereinbarung gemäß Absatz 4 und § 5 Absatz 1 Nr. 4,

4. eine schriftliche Erklärung darüber, ob und wenn ja, wo, wann und mit welchem Thema frühere erfolglose Promotionsversuche stattgefunden haben oder anhängig sind,
  5. eine schriftliche Erklärung darüber, dass diese Promotionsordnung und die an der Universität Leipzig geltende Satzung zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis anerkannt und eingehalten werden.
- (3) Bei im Ausland erworbenen Abschlüssen sind neben den beglaubigten Kopien der Originalurkunden auch beglaubigte Kopien autorisierter Übersetzungen ins Deutsche einzureichen.
- (4) Mit der Annahme als Doktorandin oder Doktorand ist die Fakultät für Mathematik und Informatik zur Betreuung des Promotionsvorhabens verpflichtet. Hierüber ist eine Betreuungsvereinbarung abzuschließen, die die Rechte und Pflichten der promovierenden und der betreuenden Person regelt. Betreuerin oder Betreuer können Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer der Fakultät sein, oder promovierte Wissenschaftlerinnen und promovierte Wissenschaftler, welche für Belange der Betreuung der Doktorandin oder des Doktoranden einer Hochschullehrerin oder einem Hochschullehrer gleichgestellt sind. Über diese Gleichstellung entscheidet der Fakultätsrat auf formlosen Antrag der betreuenden Person. In einem kooperativen Promotionsverfahren wird die Dissertation von einer Hochschullehrerin oder einem Hochschullehrer der Fakultät und einer Hochschullehrerin oder einem Hochschullehrer der Hochschule für angewandte Wissenschaften gemeinsam betreut.
- (5) Über den Antrag auf Annahme als Doktorandin oder Doktorand entscheidet der zuständige Promotionsausschuss. Die Entscheidung ist der antragstellenden Person schriftlich mitzuteilen und im Fall der Ablehnung des Antrags zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.
- (6) Die Annahme als Doktorandin oder Doktorand und damit der Eintrag in die Doktorandenliste erlischt mit Abschluss bzw. Beendigung des Promotionsverfahrens sowie bei Beendigung des eingetragenen Betreuungsverhältnisses, spätestens jedoch fünf Jahre nach der Annahme auf die Liste. Eine Verlängerung der Annahmedauer ist auf Antrag möglich. Über diesen Antrag entscheidet der Promotionsausschuss des betreffenden Fachgebietes. Das Betreuungsverhältnis gilt als beendet, wenn eine der beiden

Parteien (betreuende oder promovierende Person) gegenüber dem zuständigen Promotionsausschuss den Unwillen zur Fortführung erklärt.

§ 5

Zulassungsvoraussetzungen für ein Promotionsverfahren

- (1) Zum Promotionsverfahren wird zugelassen, wer
  1. einen Diplom-, Master- oder Magistergrad oder das Staatsexamen in einem dem Promotionsgebiet zuordenbaren Studiengang an einer Universität oder Hochschule für angewandte Wissenschaften erworben hat,
  2. einen Antrag auf Annahme als Doktorandin oder Doktorand mit allen erforderlichen Unterlagen gemäß § 4 gestellt hat,
  3. nicht zuvor ein gleichartiges Promotionsverfahren nicht bestanden hat bzw. nicht in einem schwebenden Verfahren steht und
  4. eine von der promovierenden und der betreuenden Person unterzeichnete Betreuungsvereinbarung vorlegt, die die Rechte und Pflichten der promovierenden und der betreuenden Person regelt.

- (2) Zum Promotionsverfahren kann zugelassen werden, wessen an einer Universität oder Hochschule für angewandte Wissenschaften erworbener Diplom-, Master-, Magister- oder Staatsexamensabschluss die Voraussetzung der Zuordenbarkeit des Studienganges in Absatz 1 Ziffer 1 nicht erfüllt. Dabei gilt, dass
  1. für eine Promotion in Mathematik oder Didaktik der Mathematik die Zulassung mit der Auflage verbunden wird, dass erfolgreich ein Eignungsfeststellungsverfahren gemäß § 6 durchlaufen worden sein muss,
  2. für eine Promotion in Informatik, Didaktik der Informatik oder Digital Humanities mit Schwerpunkt Informatik die Zulassung mit der Auflage zur Erbringung zusätzlicher Studienleistungen verbunden werden kann. Hierüber entscheidet der Promotionsausschuss Informatik in Absprache mit der betreuenden Person. Dabei werden auch

der Inhalt und Umfang der zusätzlich zu erbringenden Studienleistungen festgelegt. Der Gesamtumfang der zusätzlichen Studienleistungen soll ein Semester nicht überschreiten.

- (3) Zum Promotionsverfahren kann zugelassen werden, wer einen Bachelorgrad einer Hochschule erworben hat. Die Zulassung wird in diesem Fall mit der Auflage verbunden, dass erfolgreich ein Eignungsfeststellungsverfahren gemäß § 6 durchlaufen worden sein muss.
- (4) Über die Anerkennung der Gleichwertigkeit ausländischer Examina und Studienabschlüsse entscheidet der Promotionsausschuss unter Berücksichtigung von Äquivalenzabkommen. In Zweifelsfällen ist eine Stellungnahme des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus einzuholen. In Fällen, in denen Antragstellern die Führung eines im Ausland erworbenen akademischen Grades in der Form eines deutschen zur Promotion berechtigenden Grades genehmigt wurde, ist dieser Grad als gleichwertig anzuerkennen.
- (5) Über die Zulassung entscheidet der zuständige Promotionsausschuss.

§ 6

Eignungsfeststellungsverfahren

- (1) Die Durchführung eines Eignungsfeststellungsverfahrens ist schriftlich beim zuständigen Promotionsausschuss zu beantragen.
- (2) Der Promotionsausschuss legt die für die Eignungsfeststellung zu erbringenden zusätzlichen Studienleistungen und die abzulegenden Prüfungen fest. Die zusätzlichen Studienleistungen haben einen Gesamtumfang von mindestens zwei Semestern eines inhaltlich entsprechenden Masterstudienenganges. Früher erbrachte Studien- und Prüfungsleistungen können auf Antrag angerechnet werden
- (3) Nicht bestandene Prüfungen können höchstens einmal wiederholt werden.

§ 7**Antrag auf Durchführung eines Promotionsverfahrens**

- (1) Der schriftliche Antrag auf Durchführung eines Promotionsverfahrens ist mit Angabe des Fachgebietes und des angestrebten Doktorgrades an das Dekanat der Fakultät für Mathematik und Informatik zu richten.

Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:

1. drei gebundene Exemplare der Dissertation, sowie ein Exemplar der maximal vierseitigen Zusammenfassung. Die Dissertation ist auch in elektronischer Form einzureichen. Werden im Verlaufe des Promotionsverfahrens zusätzliche Exemplare der Dissertation benötigt, sind diese durch die antragstellende Person nachzureichen;
  2. tabellarischer Lebenslauf mit Darstellung des wissenschaftlichen Werdeganges;
  3. Verzeichnis der wissenschaftlichen Veröffentlichungen und Vorträge;
  4. gegebenenfalls der Nachweis über die Erfüllung der Auflagen gemäß § 5 Absatz 2 und 3;
  5. Erklärungen der antragstellenden Person darüber, dass die eingereichte Arbeit in gleicher oder ähnlicher Form nicht einer anderen Prüfungsbehörde zum Zwecke einer Promotion oder eines anderen Prüfungsverfahrens vorgelegt wurde;
  6. gegebenenfalls die Genehmigung des Antrags auf Zulassung einer anderen Sprache als Deutsch oder Englisch.
  7. Ohne Anspruch auf Berücksichtigung sollen mindestens vier Gutachterinnen oder Gutachter vorgeschlagen werden.
  8. in einem binationalen Verfahren die Einverständniserklärung eines Hochschullehrers der ausländischen Hochschule sowie die Rahmenvereinbarung mit der ausländischen Hochschule gemäß § 1 Absatz 3.
  9. Kopie eines amtlichen Lichtbildausweises (hierbei können bis auf den Vor-, Zu- sowie Geburtsnamen, Geburtsdatum und Geburtsort alle anderen Daten geschwärzt werden).
- (2) Als Datum der Antragstellung gilt der Tag, an dem die geforderten Unterlagen vollständig im Dekanat der Fakultät vorliegen. Vor diesem Zeitpunkt erfolgt keine Bearbeitung des Antrags.

- (3) Stellt das Dekanat die Gültigkeit der eingereichten Unterlagen und die fachliche Zuständigkeit der Fakultät fest, so übergibt es den Antrag gemäß § 2 an den zuständigen Promotionsausschuss. Andernfalls weist es den Antrag zurück und teilt dies dem Antragsteller schriftlich mit. Die Mitteilung ist zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Der Antrag gilt in diesem Falle als nicht gestellt.
- (4) Bis zur Eröffnung des Promotionsverfahrens nach § 9 kann der Antrag durch die antragstellende Person jederzeit zurückgezogen werden. Der Antrag gilt in diesem Falle als nicht gestellt.

§ 8

Dissertation

- (1) Mit der Dissertation ist die Fähigkeit der antragstellenden Person auszuweisen, selbständig wissenschaftliche Ergebnisse zu erzielen, die einen Beitrag zur Entwicklung des Wissenschaftszweiges, seiner Theorien oder Methoden bedeuten, und diese korrekt darzustellen. Die mit der Dissertation vorgelegten Forschungsergebnisse sollen dem neuesten Stand des Fachgebietes entsprechen und einen Erkenntniszuwachs darstellen. Inhalt und Darstellung der Arbeit müssen den Maßstäben für eine Veröffentlichung in einem angesehenen Publikationsorgan des gewählten Fachgebietes genügen.
- (2) Die Dissertation ist als monographische Einzelschrift einzureichen. Ausnahmsweise kann die eingereichte Dissertation mehrere Verfasserinnen oder Verfasser tragen. In diesem Falle hat jede Verfasserin und jeder Verfasser einen eigenen Antrag auf Durchführung eines Promotionsverfahrens zu stellen und die eigenen Anteile an der Dissertation auszuweisen. Dies ist der Selbstständigkeitserklärung nach Anlage 2 hinzuzufügen.
- (3) Die Dissertation enthält neben dem Textteil sowie dem Inhalts- und Literaturverzeichnis
  - ein Titelblatt gemäß Anlage 1,
  - eine Darstellung des wissenschaftlichen Werdeganges der antragstellenden Person,

- dissertationsbezogene bibliographische Daten und
- eine Selbstständigkeitserklärung gemäß Anlage 2.

§ 9

Eröffnung des Verfahrens

- (1) Der Promotionsausschuss beschließt über die Eröffnung des Promotionsverfahrens. Im Falle der Verfahrenseröffnung legt der Ausschuss die Gutachterinnen und Gutachter fest. Der Ausschuss kann die Überarbeitung der Zusammenfassung sowie die Präzisierung eingereicherter Unterlagen fordern. Die Eröffnung des Verfahrens kann von der Erfüllung der Auflagen abhängig gemacht werden. Die Erfüllung der Auflagen ist vom Promotionsausschuss zu prüfen.
- (2) Im Falle der Eröffnung des Verfahrens bestimmt der Promotionsausschuss fachbezogen eine Verteidigungskommission. Den Vorsitz hat ein Mitglied des Promotionsausschusses inne und zwei weitere Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer der Universität Leipzig gehören dieser Kommission an; ein Mitglied kann eine habilitierte Mitarbeiterin oder ein habilitierter Mitarbeiter der Universität Leipzig sein.
- (3) Wird ein binationales Verfahren an der Fakultät für Mathematik und Informatik eröffnet, kann die Verteidigungskommission um eine Hochschullehrerin oder einen Hochschullehrer der Partnerhochschule oder bei deren oder dessen Verhinderung ein anderes, von der Partnerhochschule vorgeschlagenes Mitglied dieser Einrichtung erweitert werden. Die Dissertation muss zusätzlich eine Zusammenfassung in der Landessprache der ausländischen Hochschule enthalten.
- (4) Die Entscheidung über die Eröffnung oder Nichteröffnung des Verfahrens sowie die nach Absatz 1 geforderten Auflagen sind der antragstellenden Person innerhalb von 14 Tagen nach Beschlussfassung durch das vorsitzende Mitglied des Promotionsausschusses mitzuteilen. Eine Nichteröffnung ist zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

- (5) Wird ein Promotionsverfahren nicht eröffnet, verbleiben der Antrag der antragstellenden Person und ein Exemplar der Dissertation an der Fakultät. Alle weiteren eingereichten Unterlagen werden der antragstellenden Person zurückgegeben. Das Promotionsverfahren ist damit beendet.
- (6) Im Zeitraum zwischen der Eröffnung des Verfahrens und der Verteidigung besteht für die Mitglieder der Fakultät die Möglichkeit zur Einsichtnahme in die Dissertation. Ort und Beginn für die Einsichtnahme sind anzuzeigen.

§ 10

Gutachterinnen und Gutachter

- (1) Die Dissertation ist durch mindestens zwei Gutachterinnen oder Gutachter gemäß § 41 Abs. 6 des SächsHSG per Gutachten zu beurteilen. Gutachterin oder Gutachter kann sein, wer eine Habilitation oder eine gleichwertige wissenschaftliche Qualifikation nachweisen kann oder nach § 92 Absatz 3 SächsHSG kooptiert worden ist.
- (2) Bezüglich des Ausschlusses von Gutachterinnen und Gutachter wegen persönlicher Beteiligung gelten die Vorschriften der §§ 20 und 21 Verwaltungsverfahrensgesetz.

§ 11

Gutachten

- (1) Die Gutachten werden vom vorsitzenden Mitglied des Promotionsausschusses im Auftrage des Dekanats eingeholt. Mit den Gutachten ist festzustellen, ob die Dissertation den Anforderungen an die Verleihung des Doktorgrades genügt. Sie dienen der Entscheidungsfindung der Promotionsgremien.
- (2) Die in den Gutachten gegebenen Bewertungen dürfen nicht von der Erfüllung von Auflagen abhängig gemacht werden. Die Dissertation ist durch die Gutachterinnen und Gutachter neben der verbalen Einschätzung nach § 15 Abs. 1 dieser Ordnung zu bewerten. Stellt die Dissertation eine

außergewöhnliche wissenschaftliche Leistung dar, so kann im Gutachten auch die Auszeichnung der Dissertation vorgeschlagen und begründet werden.

- (3) Gutachten sollen innerhalb von zwei Monaten in der Fakultät eingehen. Verzögert sich die Erstellung von Gutachten trotz wiederholter Erinnerung über Gebühr, kann der Promotionsausschuss an Stelle der säumigen Gutachterinnen und Gutachter andere Gutachterinnen und Gutachter bestellen.

§ 12

Annahme der Dissertation

- (1) Jede Hochschullehrerin und jeder Hochschullehrer und jedes habilitierte beschäftigte Mitglied der Fakultät für Mathematik und Informatik, in kooperativen Promotionsverfahren auch jede Hochschullehrerin und jeder Hochschullehrer der entsprechenden Fakultät der betreffenden Hochschule für angewandte Wissenschaften, hat im Zeitraum zwischen der Eröffnung des Promotionsverfahrens und der Annahme der Dissertation, mindestens jedoch innerhalb von drei Wochen ab Verfahrenseröffnung, das Recht, ein Votum für oder gegen die Annahme der Dissertation in schriftlicher Form dem vorsitzenden Mitglied des Promotionsausschusses zu übermitteln. Beginn und Ende des Zeitraums zur Abgabe von Voten sind anzuzeigen. Die gewählten Mitglieder des Fakultätsrates haben das Recht zur Einsicht in die Gutachten. Die Möglichkeit zur Einsichtnahme ist den Fakultätsratsmitgliedern mitzuteilen.
- (2) Der Promotionsausschuss entscheidet frühestens drei Wochen nach Eröffnung des Promotionsverfahrens auf Grundlage der erbetenen Gutachten und unter Berücksichtigung von Stellungnahmen gemäß Absatz 1 über die Annahme oder Empfehlung zur Nichtannahme der Dissertation.
- (3) Mit Annahme der Dissertation können Auflagen zur Beseitigung formaler Mängel beschlossen werden. Diese Auflagen müssen in den Pflichtexemplaren erfüllt sein (s.a. § 16). Die Erfüllung der Auflagen ist vom vorsitzenden Mitglied des Promotionsausschusses zu bestätigen. Bei

Nichterfüllung wird das Promotionsverfahren als nicht durchgeführt beendet.

- (4) Enthält lediglich ein Gutachten die Note "non sufficit", oder weichen die Gutachten um mindestens zwei Noten voneinander ab, kann der Promotionsausschuss einmalig ein weiteres Gutachten einer bisher unbeteiligten Gutachterin oder eines bisher unbeteiligten Gutachters einholen. Bewerten mindestens zwei von allen Gutachterinnen und Gutachtern die Dissertation mit "non sufficit", führt dies zur Empfehlung der Nichtannahme an den Fakultätsrat.
- (5) Mit der Annahme der Dissertation legt der Promotionsausschuss die Note der Dissertation fest. Wenn die Noten der Gutachten um höchstens eine Stufe voneinander abweichen, dann ist die Note der Dissertation das arithmetische Mittel der Noten der Gutachten. Im anderen Fall einer Abweichung um mindestens zwei Notenstufen entscheidet der Promotionsausschuss über die Note auf Grundlage aller vorliegenden Gutachten (inklusive dem nach Abs. 4 ggf. zusätzlich erbetenen Gutachten). Bei der Bildung der Note werden nur die ersten beiden Dezimalstellen hinter dem Komma berücksichtigt.
- (6) Empfiehlt der Promotionsausschuss die Nichtannahme der Dissertation, beschließt der Fakultätsrat über den weiteren Verlauf des Promotionsverfahrens.
- (7) Die Entscheidung über die Annahme einschließlich der erteilten Note oder die Nichtannahme der Dissertation ist der antragsstellenden Person innerhalb von 14 Tagen durch das vorsitzende Mitglied des Promotionsausschusses schriftlich mitzuteilen. Diese Mitteilung enthält einen Hinweis auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme in die Gutachten, bei Nichtannahme der Dissertation unter Wahrung der Anonymität der Gutachterinnen und Gutachter. Die Nichtannahme der Dissertation ist zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.
- (8) Die nicht angenommene Dissertation kann frühestens nach sechs Monaten, spätestens aber zwei Jahre nach dem Beschluss über die Nichtannahme in überarbeiteter Fassung unter Beachtung aller nach dieser Ord-

nung erforderlichen Formalia erneut eingereicht werden. Eine an der Fakultät für Mathematik und Informatik erfolgreich abgelegte Eignungsfeststellungsprüfung wird anerkannt. Bis zur Einreichung einer überarbeiteten Fassung der Dissertation ruht das Promotionsverfahren. Ist nach zwei Jahren die Wiedereinreichung nicht erfolgt, gilt das Verfahren als endgültig beendet. Ebenso endgültig beendet ist das Verfahren, wenn eine erneut eingereichte Dissertation wiederholt nicht angenommen wird.

§ 13

Annahme im binationalen Verfahren

- (1) Nach Annahme einer an der Fakultät für Mathematik und Informatik eingereichten Dissertation wird diese zusammen mit den Gutachten der ausländischen Partnerhochschule zur Zustimmung über den Fortgang des Verfahrens übermittelt.
- (2) Im Falle der Versagung der Zustimmung zum Fortgang des Verfahrens durch die ausländische Partnerhochschule ist das gemeinsame Verfahren beendet. Das Promotionsverfahren wird nach den Vorschriften dieser Ordnung fortgesetzt. Der Fakultätsrat entscheidet ggf. über eine veränderte Zusammensetzung der Verteidigungskommission.
- (3) Wird eine Dissertation an der ausländischen Partnerhochschule eingereicht, entscheidet zunächst diese über Annahme und Fortführung des Verfahrens. Danach erhält die Fakultät für Mathematik und Informatik die Dissertation und die Gutachten zur eigenen Entscheidung über die Fortführung des Verfahrens. Nach erfolgter Zustimmung kann das gemeinsame Verfahren nach den Bestimmungen der Ordnung der Partnerhochschule fortgesetzt werden.
- (4) Wird eine Dissertation in einem binationalen Verfahren durch die Fakultät für Mathematik und Informatik abgelehnt, ist das gemeinsame Verfahren beendet.

§ 14

Verteidigung

- (1) Die antragstellende Person hat die mit der Dissertation erzielten Ergebnisse in einem öffentlichen Vortrag von ca. 45 Minuten Dauer darzustellen und in einer anschließenden Diskussion Fragen aus dem Auditorium zu beantworten. Die Diskussion soll sich auf die Dissertation und ihr wissenschaftliches Umfeld beziehen.
- (2) Der Termin der Verteidigung ist nach Annahme der Dissertation vom vorsitzenden Mitglied der Verteidigungskommission in Abstimmung mit den weiteren Mitgliedern der Verteidigungskommission festzulegen und dem Dekanat zu übermitteln. Die antragstellende Person kann beim vorsitzenden Mitglied der Verteidigungskommission eine Verteidigung per Videokonferenz (Online-Verteidigung) formlos beantragen und diesem Antrag kann in Ausnahmefällen und mit Einverständnis aller Mitglieder der Verteidigungskommission entsprochen werden.
- (3) Für die Durchführung der Online-Verteidigung sind ausschließlich die Übertragungssysteme zu verwenden, die von der Universität Leipzig zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt werden. Die notwendige technische Ausstattung ist im Vorfeld der Verteidigung abzuklären und sicherzustellen, dass die Verteidigung öffentlich und unter Wahrung des Fragerechts stattfinden kann.
- (4) Vor Beginn der Online-Verteidigung weist sich die antragstellende Person mit einem amtlichen Lichtbildausweis aus und versichert, dass sie sich keiner unerlaubten Hilfsmittel bedient und sich während der Verteidigung keine weitere Person im Raum befindet. Im Protokoll ist die Identitätsfeststellung und die Versicherung der antragstellenden Person zu vermerken.
- (5) Eine Aufzeichnung der Online-Verteidigung ist nicht zulässig. Die Anfertigung eines Protokolls bleibt davon unberührt.
- (6) Im Falle einer durch technisches Versagen bedingten Verteidigungsunterbrechung ist mindestens ein Versuch zur Fortsetzung der Verteidigung

zu unternehmen. Eingetretene Störungszeiten sind im Umfang der zeitlichen Unterbrechung zu kompensieren. Erscheint die Fortsetzung der Online-Verteidigung als für die antragstellende Person oder die Verteidigungskommission nicht zumutbar, wird die Prüfung abgebrochen und es wird ein neuer Termin anberaumt. Soweit bereits Teilergebnisse der Verteidigung vorliegen, werden diese nicht angerechnet.

- (7) Bricht die antragstellende Person die Online-Videoprüfung ohne wichtigen Grund ab, gilt die Verteidigung als nicht bestanden.
- (8) Der Termin ist der antragstellenden Person vom vorsitzenden Mitglied der Verteidigungskommission in der Regel mindestens zwei Wochen vor der Verteidigung mitzuteilen. Auf Antrag der antragstellenden Person kann das vorsitzende Mitglied der Verteidigungskommission auch einen früheren Termin festlegen. Mit gleicher Frist wird die Verteidigung in der Fakultät und in anderen fachlich relevanten Einrichtungen der Universität, in kooperativen Promotionsverfahren auch in der betreffenden Fakultät der Hochschule für angewandte Wissenschaften, angekündigt. Darüber hinaus sind die bestellten Gutachterinnen und Gutachter und nach Maßgabe der Verteidigungskommission weitere Fachvertretende einzuladen.
- (9) Die Verteidigung kann zum festgesetzten Termin stattfinden, wenn
  - die antragstellende Person keine zeitweilige Beeinträchtigung der geistigen oder körperlichen Verfassung geltend macht und
  - die Mehrheit der Mitglieder der Verteidigungskommission anwesend ist.
- (10) Das vorsitzende Mitglied der Verteidigungskommission oder ein von ihr oder ihm beauftragtes Mitglied der Verteidigungskommission leitet die Verteidigung. Dabei sind
  - die Zusammensetzung der Verteidigungskommission bekanntzugeben,
  - die antragstellende Person vorzustellen,
  - Fragen zurückzuweisen, die nicht auf den wissenschaftlichen Gegenstand bezogen sind.

- (11) In nichtöffentlicher Beratung entscheidet die Verteidigungskommission unmittelbar nach der Verteidigung über das Bestehen der Verteidigung sowie die Benotung gemäß § 15 Abs. 1. An dieser Beratung können die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer der Fakultät, die betreuende Person und die bestellten Gutachterinnen und Gutachter sowie in binationalen Verfahren die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer der ausländischen Fakultät mit Stimmrecht teilnehmen. Ihre Mitwirkung ist aktenkundig zu machen. Die Mitglieder des Fakultätsrates, in kooperativen Promotionsverfahren auch die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer der entsprechenden Fakultät der Hochschule für angewandte Wissenschaften, können ohne Stimmrecht mitwirken. Entscheidet sich die Kommission für das Bestehen der Verteidigung, beschließt sie auf Grundlage von § 15 Abs. 1 die Note der Verteidigung. Bei Stimmgleichheit zum Beschluss über Bestehen und Note der Verteidigung entscheidet die Stimme des vorsitzenden Mitglieds der Verteidigungskommission. Die Ergebnisse der Beratung und die Bewertung der Dissertation werden anschließend der antragstellenden Person und - bei deren Einverständnis - öffentlich bekanntgegeben.
- (12) Eine nicht bestandene Verteidigung kann auf Antrag der antragstellenden Person innerhalb eines Jahres, jedoch frühestens nach drei Monaten wiederholt werden. Eine bestandene wiederholte Verteidigung ist mit der Note "rite" zu bewerten.
- (13) Eine Verteidigung ist endgültig nicht bestanden und das Promotionsverfahren ohne Erfolg beendet, wenn
1. innerhalb von vier Wochen nach nicht bestandener Verteidigung kein schriftlicher Antrag der promovierenden Person auf Wiederholung der Verteidigung beim Dekanat eingeht,
  2. die Wiederholung der Verteidigung durch Verschulden der antragstellenden Person nicht fristgerecht erfolgen konnte oder
  3. die wiederholte Verteidigung nicht bestanden wird.
- (14) In binationalen Verfahren kann die Verteidigung auch an der ausländischen Partnerhochschule gemäß deren Promotionsordnung durchgeführt werden.

§ 15 Bewertung

- (1) Im Promotionsverfahren sind nach dieser Ordnung zu erbringende Leistungen mit folgenden Noten zu bewerten:

magna cum laude	-	sehr gut	-	1
cum laude	-	gut	-	2
rite	-	genügend	-	3
non sufficit	-	nicht genügend	-	5

- (2) Mit Bestehen der Verteidigung ist das Promotionsverfahren bestanden. Das Gesamtprädikat der Promotion wird auf Grundlage des gewichteten Mittels aus der Note der Dissertation mit Gewicht 2/3 und der Note für die Verteidigung mit Gewicht 1/3 in folgender Weise ermittelt, wobei bei der Bildung der Note nur die ersten beiden Dezimalstellen hinter dem Komma berücksichtigt werden:

summa cum laude	-	ausgezeichnete Leistung		
magna cum laude	-	sehr gute Leistung	-	1,00 – 1,49
cum laude	-	gute Leistung	-	1,50 – 2,49
rite	-	genügende Leistung	-	≥ 2,50.

- (3) Über die Vergabe der Auszeichnung (summa cum laude) entscheidet der zuständige Promotionsausschuss auf Grundlage der Gutachten und der Verteidigung. Für die Vergabe der Auszeichnung ist es notwendig, dass insgesamt eine sehr gute Leistung vorliegt (d.h. Gesamtprädikat magna cum laude nach Abs. 2) und mindestens zwei Gutachten die Auszeichnung begründet empfehlen.

§ 16 Pflichtexemplare

- (1) Die angenommene Dissertation ist durch Hochladen auf den Publikationsserver der Universität Leipzig (<http://ul.qucosa.de>) oder durch unentgeltliche Übergabe von vier Pflichtexemplaren in gedruckter und gebundener Form an die Universitätsbibliothek zu veröffentlichen.

- (2) Bestandteil der Pflichtexemplare sind alle mit der Dissertation eingereichten Materialien (z.B. Bilder, Karten, elektronische Datenträger usw.). Die gestellten Auflagen gemäß § 12 müssen erfüllt und überprüft sein.
- (3) Die Titelseite der Pflichtexemplare ist gemäß Anlage 3 zu gestalten.
- (4) Weiterhin ist eine Zusammenfassung von maximal 500 Wörtern in elektronischer Form zur Veröffentlichung in Internetseiten und Berichten der Fakultät abzugeben.
- (5) Die Pflichtexemplare sind innerhalb von sechs Monaten nach Bekanntgabe des Verleihungsbeschlusses zu übergeben. Die Ablieferungsfrist kann auf begründeten Antrag beim zuständigen Promotionsausschuss um weitere drei Monate verlängert werden. Die Abgabebescheinigungen der Universitätsbibliothek sind dem Dekanat der Fakultät für Mathematik und Informatik zuzustellen.
- (6) Verstreichen die in Absatz 5 festgesetzten Fristen ohne Abgabe der Pflichtexemplare, endet das Promotionsverfahren ohne Vollzug der Promotion. Darüber ist die antragstellende Person schriftlich und verbunden mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu informieren.

§ 17

Nachteilsausgleich

- (1) Macht die Doktorandin oder der Doktorand glaubhaft, dass sie oder er
  1. wegen einer Behinderung oder chronischen Krankheit, die den Nachweis der durch die Promotionsprüfungsleistung festzustellenden Kompetenz erschwert, oder
  2. während der Schwangerschaft, nach der Entbindung oder in der Stillzeitnicht in der Lage ist, Promotionsprüfungsleistungen ganz oder teilweise zu den vorgesehenen Bedingungen zu erbringen oder innerhalb der in dieser Ordnung genannten Fristen abzulegen, so gewährt ihr oder ihm der

zuständige Promotionsausschuss auf schriftlichen Antrag einen angemessenen Nachteilsausgleich. Zum Nachweis ist ein ärztliches und in Zweifelsfällen ein amtsärztliches Attest vorzulegen. In Fällen von Nummer 2 kann die Glaubhaftmachung durch die Bescheinigung einer Hebamme erfolgen.

- (2) Der Antrag soll spätestens mit dem Antrag auf Durchführung des Promotionsverfahrens gestellt werden. Die Entscheidung ist der Doktorandin oder dem Doktoranden schriftlich mitzuteilen.

§ 18 **Schutzfristen**

- (1) Auf Antrag sind Mutterschutzfristen, wie sie im jeweils geltenden Mutterschutzgesetz (MuSchG) festgelegt sind, entsprechend zu berücksichtigen; die erforderlichen Nachweise sind beizufügen. Die Mutterschutzfristen unterbrechen jede Frist nach dieser Promotionsordnung; die Dauer des Mutterschutzes wird nicht in die Frist eingerechnet.
- (2) Desgleichen sind auf Antrag die Fristen der Elternzeit nach Maßgabe des jeweils geltenden Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit (Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – BEEG) zu berücksichtigen. Die Doktorandin oder der Doktorand muss spätestens vier Wochen vor dem Zeitpunkt, von dem ab er die Elternzeit antreten will, dem zuständigen Promotionsausschuss unter Beifügung der erforderlichen Nachweise schriftlich mitteilen, für welchen Zeitraum oder für welche Zeiträume sie oder er Elternzeit in Anspruch nehmen will. Der zuständige Promotionsausschuss prüft, ob die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, die bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einen Anspruch auf Elternzeit nach dem jeweils geltenden Gesetz auslösen würden, und teilt das Ergebnis sowie gegebenenfalls die neu festgesetzten Prüfungsfristen oder sonstigen Fristen der Doktorandin oder dem Doktoranden mit.
- (3) Auf Antrag wird die Inanspruchnahme der Schutzbestimmungen für die Pflege einer oder eines nahen Angehörigen im Sinne des Gesetzes über

die Pflegezeit (Pflegezeitgesetz – PflegeZG) in der jeweils geltenden Fassung, die oder der pflegebedürftig im Sinne des Elften Buches des Sozialgesetzbuches (SGB XI) in der jeweils geltenden Fassung ermöglicht.

§ 19 Verleihung

- (1) Nach Bestehen des Promotionsverfahrens fertigt das Dekanat die Promotionsurkunde gemäß Anlage 4 und 6 bzw. in binationalen Promotionsverfahren gemäß Anlage 5 und 7 aus.
- (2) Die Übergabe der Promotionsurkunde erfolgt, wenn die in § 16 genannten Vorgaben zur Abgabe der Pflichtexemplare in der Universitätsbibliothek sowie der Zusammenfassung nach § 16 Abs. 4 nachweislich erfüllt sind.
- (3) Mit der Übergabe der Promotionsurkunde wird die Promotion vollzogen. Damit beginnt für die antragstellende Person das Recht zur Führung des ihr verliehenen akademischen Doktorgrades.

§ 20 Nichtvollzug der Promotion, Entzug des Doktorgrades

- (1) Promotionsleistungen können für ungültig erklärt und die Promotion nicht vollzogen oder der Doktorgrad entzogen werden, wenn bekannt wird, dass
  - Promotionsleistungen unter Täuschung erbracht wurden oder
  - nach der Verleihung des Doktorgrades Tatsachen bekannt werden, die seine Verleihung ausgeschlossen hätten.
- (2) Über den Nichtvollzug oder Entzug entscheidet der Fakultätsrat. Vor der Beschlussfassung ist den Betroffenen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

§ 21

Promotionsakte

- (1) Die zusammengefassten Promotionsunterlagen bilden die Promotionsakte. Sie werden während des Verfahrens von der Assistenz der Promotionsausschüsse geführt.
- (2) Über alle Beratungen und Entscheidungen in einem Promotionsverfahren ist durch die beteiligten Promotionsgremien ein Protokoll anzufertigen, das der Promotionsakte nach Unterzeichnung durch das jeweilige vorsitzende Mitglied beizufügen ist.
- (3) Die Promotionsakte wird vom Dekanat geführt bis sie gemäß Archivordnung dem Archiv der Universität Leipzig übergeben wird.

§ 22

Ehrenpromotion

- (1) Die Fakultät hat im Benehmen mit dem Senat das Recht zur Verleihung der Würde eines Ehrendoktors für besondere Verdienste um die von ihr vertretenen Wissenschaftsgebiete.
- (2) Ein begründeter Antrag auf Verleihung der Würde eines Ehrendoktors muss von mindestens drei Professorinnen oder Professoren, die Mitglieder der Fakultät für Mathematik und Informatik sind, eingebracht werden. Der Fakultätsrat beschließt in geheimer Abstimmung mit Zweidrittelmehrheit über die Verleihung.
- (3) Die Verleihung der Würde eines Ehrendoktors ist durch Aushändigung einer vom Rektorat und vom Dekanat unterzeichneten Urkunde in einer dem Anlass entsprechenden würdigen Form zu vollziehen. In der Urkunde sind der Grund der Verleihung und die Verdienste in Kurzform zu nennen.
- (4) Der Grad "Doctor honoris causa" muss entzogen werden, wenn die führende Person wegen eines Verbrechens rechtskräftig verurteilt wurde. Er kann nach einem Absatz 2 analogen Entscheidungsverfahren entzogen

werden, wenn die führende Person wegen eines Vergehens rechtskräftig verurteilt wurde.

§ 23

Doktorjubiläum

Die Fakultät kann die 50. Wiederkehr der Verleihung des Doktorgrades würdigen, wenn dies mit Rücksicht auf die besonderen wissenschaftlichen Verdienste oder die besonders enge Verknüpfung der zu Ehrenden mit der Fakultät oder der Universität Leipzig als Ganzes angebracht erscheint. Die Wahl des Anlasses und die Form der Ehrung obliegen der Fakultät. Die Entscheidung hierüber trifft der Fakultätsrat mit absoluter Mehrheit.

§ 24

Inkrafttreten, Außerkrafttreten und Übergangsregelungen

- (1) Diese Promotionsordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Leipzig in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Promotionsordnung der Fakultät für Mathematik und Informatik der Universität Leipzig vom 2. Mai 2013 (Amtliche Bekanntmachungen der Universität Leipzig Nr. 35, S. 1 bis 23), zuletzt geändert durch die Erste Änderungssatzung vom 16. Oktober 2017 (Amtliche Bekanntmachungen der Universität Leipzig Nr. 31, S. 1 bis 5) außer Kraft. Promovierende, die vor Inkrafttreten dieser Ordnung als Doktorandin oder Doktorand an der Fakultät für Mathematik und Informatik gemäß § 4 der Promotionsordnung der Fakultät für Mathematik und Informatik der Universität Leipzig vom 2. Mai 2013, zuletzt geändert durch die Erste Änderungssatzung vom 16. Oktober 2017 angenommen worden sind, gelten auch nach dieser Ordnung als angenommen. Die Regelungen des § 5 in Verbindung mit § 7 der Promotionsordnung der Fakultät für Mathematik und Informatik der Universität Leipzig vom 2. Mai 2013, zuletzt geändert durch die Erste Änderungssatzung vom 16. Oktober 2017, gelten für diese Doktorandinnen und Doktoranden fort.

- (3) Die vorliegende Promotionsordnung ist vom Fakultätsrat der Fakultät für Mathematik und Informatik am 24. März 2025 beschlossen worden. Der PromovierendenRat wurde am 6. Januar 2025 angehört. Die vorliegende Promotionsordnung wurde durch das Rektorat am 9. April 2025 genehmigt.

Leipzig, den 10. Juni 2025

Professor Dr. Bernd Kirchheim
Dekan der Fakultät für Mathematik und Informatik

Professorin Dr. Eva Inés Oberfell
Rektorin

Anlage 1

Titelseite für die einzureichende Arbeit

.....
.....
.....

(Titel)

Der Fakultät für Mathematik und Informatik
der Universität Leipzig
eingereichte

DISSERTATION

zur Erlangung des akademischen Grades

DOCTOR .....

(Dr. ....)

im Fachgebiet

.....

vorgelegt

von .....

(akad. Grad Vorname Name)

Leipzig, den .....

(Einreichungsdatum)

Anlage 2

Selbständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, die vorliegende Dissertation selbständig und ohne unzulässige fremde Hilfe angefertigt zu haben. Ich habe keine anderen als die angeführten Quellen und Hilfsmittel benutzt und sämtliche Textstellen, die wörtlich oder sinngemäß aus veröffentlichten oder unveröffentlichten Schriften entnommen wurden, und alle Angaben, die auf mündlichen Auskünften beruhen, als solche kenntlich gemacht. Ebenfalls sind alle von anderen Personen bereitgestellten Materialien oder erbrachten Dienstleistungen als solche gekennzeichnet.

.....

(Ort, Datum)

.....

(Unterschrift)

Anlage 3

Titelseite für die einzureichenden Pflichtexemplare

.....
.....
.....

(Titel)

Von der Fakultät für Mathematik und Informatik
der Universität Leipzig
angenommene

D I S S E R T A T I O N

zur Erlangung des akademischen Grades

DOCTOR .....

(Dr. ....)

im Fachgebiet

.....

Vorgelegt

von .....

(akad. Grad Vorname Nachname)

Die Annahme der Dissertation wurde empfohlen von:

1. [Titel akad. Grade Vorname Nachname Einrichtung]
2. [Titel akad. Grade Vorname Nachname Einrichtung]

Die Verleihung des akademischen Grades erfolgt mit Bestehen
der Verteidigung am ..... mit dem Gesamtprädikat .....

Anlage 4

Muster der Promotionsurkunde

UNIVERSITÄTS-
SIEGEL

Unter dem Rektorat des Professors/der Professorin (akad. Grad Vorname Name)
und dem Dekanat des Professors/der Professorin (akad. Grad Vorname Name)

verleiht die Fakultät für Mathematik und Informatik

Herrn/Frau (akad. Grad Vorname Name)

geboren am (Geb.-Datum) in (Geburtsort)

den akademischen Grad

DOCTOR .....

(Dr. ....)

für das Fachgebiet .....

nachdem in einem ordentlichen Promotionsverfahren und der Dissertation über
das Thema

– Titel der Dissertation –

seine/ihre wissenschaftliche Befähigung nachgewiesen hat.

Für die Gesamtleistung wird das Prädikat

.....

erteilt.

Leipzig, den (Datum der Verteidigung)

Rektorin/Rektor

Dekanin/Dekan

(Universitätsprägesiegel)

Anlage 5

Muster der Promotionsurkunde im binationalen Verfahren

UNIVERSITÄTSSIEGEL

Unter dem Rektorat des Professors/der Professorin (akad. Grad Vorname Name)
und dem Dekanat des Professors/der Professorin (akad. Grad Vorname Name)

verleiht die Fakultät für Mathematik und Informatik

Herrn/Frau (akad. Grad Vorname Name)

geboren am (Geb.-Datum) in (Geburtsort)

den akademischen Grad

DOCTOR .....

(Dr. ....)

für das Fachgebiet .....

nachdem in einem ordnungsgemäßen, binationalen Promotionsverfahren mit der

[zweite Einrichtung] und der Dissertation über das Thema

-- Titel der Dissertation --

seine/ihre wissenschaftliche Befähigung nachgewiesen hat.

Für die Gesamtleistung wird das Prädikat

.....

erteilt.

Leipzig, den (Datum der Verteidigung)

Rektorin/Rektor

Dekanin/Dekan

(Universitätsprägesiegel)

Frau/Herr [Vorname Name] hat das Recht, den Dokortitel in deutscher oder in .....
Form zu führen. Dieser Doktorgrad bedarf zur Führung in der Bundesrepublik
Deutschland keiner weiteren Genehmigung. Diese Urkunde ist nur gemeinsam mit
der von der [Partnereinrichtung] ausgestellten Promotionsurkunde gültig.

Anlage 6

Englisches Muster der Promotionsurkunde

UNIVERSITÄTS-

SIEGEL

Under the Rectorate of Professor (akad. Grad Vorname Name)
and the Dean's Office of Professor (akad. Grad Vorname Name)

the Faculty of Mathematics and Computer Science

confers upon

(akad. Grad Vorname Name)

born on (birth date) in (birth place, country)

the academic degree of

DOCTOR .....

(Dr. ....)

for the field of (Mathematics / Computer Science)

after she/he demonstrated her/his academic ability by completing the doctoral
examination procedure and the dissertation on the topic

- Title of the dissertation --.

The overall grade

.....

is hereby awarded.

Leipzig, month day year (date of defence)

Rector

Dean

(Universitätsprägesiegel)

Anlage 7

Englisches Muster der Promotionsurkunde im binationalen Verfahren

UNIVERSITÄTSSIEGEL

Under the Rectorate of Professor (akad. Grad Vorname Name)
and the Dean's Office of Professor (akad. Grad Vorname Name)

the Faculty of Mathematics and Computer Science

confers upon

(akad. Grad Vorname Name)

born on (birth date) in (birth place, country)

the academic degree of

DOCTOR .....

(Dr. ....)

for the field of (Mathematics / Computer Science)

after she/he demonstrated her/his academic ability by completing the doctoral
examination procedure and the dissertation on the topic

– Title of the dissertation --.

The overall grade

.....

is hereby awarded.

Leipzig, month day year (date of defence)

Rector

Dean

Universitätsprägesiegel)

[first name surname] has the right to use the doctoral title in German or in ..... form.
This doctoral degree does not require any further approval for use in the Federal
Republic of Germany. This certificate is only valid together with the doctoral certifi-
cate issued by the [partner institution].